Vorsitzende des Bildungsausschusses
Frau Susanne Herold, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/829**

Kiel, 7. Mai 2010

Minister

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

beginnend mit dem Haushalt 2009/2010 hat die Landesregierung das „Investitionsprogramm Kulturelles Erbe Schleswig-Holstein“ (IKE) aufgelegt. Es umfasst den Zeitraum bis 2012 und ist mit insgesamt 18 Millionen Euro ausgestattet (2009/2010 je 3 Mio. €, 2011/2012 je 6 Mio. €).

Ziel ist es, mithilfe dieses Programms das kulturelle Erbe des Landes zu bewahren, zu sichern und damit zugleich die Grundlage eines prosperierenden Kulturtourismus zu schaffen. Es werden ausgewählte Projekte zur dringend notwendigen Substanzverbesserung des baulichen Erbes in den kommenden vier Jahren gefördert. Die Landesregierung ist bestrebt, auch für die Erhaltung der wertvollen Kulturbauten das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmern und Bürgerinnen und Bürgern stärker zu nutzen, um die mit dem Investitionsprogramm geschaffenen Fördermöglichkeiten zu erweitern (siehe Richtlinie (Anlage 1)).

Das Programm und die bisherige Antragsbeantragung wurden in der Sache in enger Abstimmung zwischen der Kulturabteilung, dem Landesamt für Denkmalpflege und - in einigen wichtigen Fällen auch mit der GMSH als Träger öffentlicher Belange -

entwickelt; berücksichtigt sind sowohl rechtliche wie kultur- und landesgeschichtliche Verpflichtungen des Landes.

Der Übersicht (Anlage 2) entnehmen Sie bitte, welche Vorhaben bereits 2009 und 2010 Fördermittel erhalten haben; die Mittel für 2010 sind nach Antragstellung entschieden und im Bewilligungsstadium.

Dass die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen, abgesehen vom Thema UNESCO-Weltkulturerbe, aus dem IKE im laufenden Haushalt nicht gefördert wird, hat seinen guten Grund in der Förderung unseres größten Museumskomplexes in den aktuellen Haushaltsjahren durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung.

Mit dem IKE trägt die Landesregierung zugleich den Erfahrungen Rechnung, dass die Denkmalpflege als Wirtschaftsfaktor für Mittelstand und Beschäftigung einen hohen Stellenwert hat. Jüngstes Beispiel dafür ist die Bilanz des Sonderprogramms Baudenkmalpflege als Teil des „Schleswig-Holstein-Fonds“. Von 2005 bis 2009 konnten 47 Maßnahmen mit einem Zuschuss von zusammen 1,68 Mio. € realisiert werden. Mit diesen Fördermitteln wurde ein Gesamtinvestitionsvolumen von gut 11,0 Mio. € ausgelöst. Davon entfielen ca. 6,0 Mio. € auf die Denkmaleigentümer, rund 3,5 Mio. € wurden von Stiftungen, Vereinen und anderen öffentlichen Zuwendungsgebern aufgebracht. Damit wurde das Ziel erreicht, mit den staatlichen Fördermitteln eine möglichst hohe Investitionssumme zu generieren. Profitiert hat hier vor allem das mittelständische Gewerbe; die mehr als 11,0 Mio. € sind nahezu vollständig der heimischen Bauwirtschaft und dem mittelständischen Handwerk zugute gekommen. Zudem wurde ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet, über die betriebliche Lehrlingsausbildung traditionelle Handwerkstechniken an die nächste Handwerkergeneration weiter zu vermitteln.

In diesem Sinne bin ich sicher, dass auch die Effekte, die mit dem IKE ausgelöst werden, unserem Land gleich in mehrfacher Hinsicht zugute kommen.

Vielleicht möchten Sie die beiliegende Aufstellung auch nutzen, um sich bei passender Gelegenheit vor Ort einen Überblick über die bereits getätigten oder in der Umsetzung befindlichen Investitionen zu verschaffen. Für weitere Auskünfte stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

gez.

Dr. Ekkehard Klug

Anlagen

Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Investitionsprogramm Kulturelles Erbe 2009-2012 (IKE)

Im Einvernehmen mit dem Finanzministerium wird die nachstehende Richtlinie erlassen:

Bekanntmachung des Ministerpräsidenten - Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Das Land Schleswig-Holstein gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und den Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshausordnungs-Zuwendungen im Rahmen des Investitionsprogramms Kulturelles Erbe 2009-2012 (IKE) für Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der kulturgeschichtlich bedeutenden Bauwerke im Land. Soweit es sich bei den geförderten Investitionen um Baumaßnahmen handelt, sind ergänzend die Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen (ZBau) zu den Verwaltungsvorschriften zu § 44 Abs. 1 LHO maßgebend. Ferner gelten die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P). Soweit es sich bei den Zuwendungsempfängern um Gemeinden, Kreise, Ämter oder Zweckverbände handelt, sind die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO für kommunale Körperschaften sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) zu beachten.

1.2. Die kulturelle Substanz und das materielle kulturelle Erbe sind Grundlagen für regionales Bewusstsein und kollektive Identität, sie befördern Bildung, einen landesspezifischen Image-transfer und Kulturtourismus.

1.3. Die Förderung durch das Investitionsprogramm Kulturelles Erbe soll auch eine verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln und anderer Drittmittel in Schleswig-Holstein anregen.

1.4. Ein Anspruch der Antragstellerin bzw. des Antragsstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter Berücksichtigung der kulturpolitischen Bedeutung der Projekte.

2. Zuwendungsempfängerinnen/ Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfängerinnen bzw. Zuwendungsempfänger sind öffentliche oder gemeinnützige Träger von Maßnahmen an kulturgeschichtlich herausragenden Bauwerken

- mit Welterbestatus und/oder von europäischer und nationaler Bedeutung,
- von norddeutscher Bedeutung,
- mit landesspezifischer Bedeutung in Schleswig-Holstein.

3. Zuwendungsvoraussetzungen:

- eine herausragende oder besondere rechtliche und/oder kulturgeschichtliche Verantwortung des Landes
- eine durch die Maßnahme erreichbare nachhaltige Sicherung der Substanz
- eine durch die Maßnahme erreichbare Verbesserung der eigenwirtschaftlichen Möglichkeiten
- die Durchführung der Maßnahme bis Ende 2012

4. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

4.1 Die Zuwendungen werden als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung mit Höchstbetrag gewährt; sie sollen grundsätzlich im Einzelfall 90 % nicht überschreiten.

4.2 Die Trägerin/der Träger hat danach in der Regel für die geförderten Investitionen einen Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben zu erbringen; der Eigenanteil kann auch ganz oder teilweise durch Eigenleistungen sowie durch nichtöffentliche Drittmittel (Stiftungen, Spender, Sponsoren etc.) erbracht werden.

4.3 Bemessungsgrundlage sind die nachweisbaren zuwendungsfähigen Ausgaben, die unter Anlegung eines strengen Maßstabes für eine sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Erlangung des Zuwendungszwecks unmittelbar entstehen. Bei der Förderung von Hochbaumaßnahmen sind die Kosten nach DIN 276 zu berechnen.

Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben gehören insbesondere

- Ausgaben für Bau-, Ausbau-, Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen von Gebäuden und Gebäudeteilen, einschließlich durch Baunebenkosten verursachte Ausgaben und Gebühren,
- Ausgaben zur Sicherung und Erschließung des Kulturellen Erbes für kulturtouristische Zwecke,
- durch sonstige projektbezogene Nebenkosten verursachte Ausgaben (z.B. Ausgaben für Projektmanagement, Gutachter und Sachverständige).

4.4. Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere Ausgaben für Verbrauchsmittel.

4.5. Liegt der zu fördernde Zweck auch im Interesse anderer Zuwendungsgeber, sollen diese sich angemessen an der Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben beteiligen. Fördermittel der EU, des Bundes bzw. Dritter sind vorrangig in Anspruch zu nehmen.

5. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

5.1. Ausnahmen können im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zugelassen werden, wenn sich bei der Anwendung dieser Richtlinie eine im Einzelfall nicht beabsichtigte Härte ergibt oder eine besondere landespolitische Bedeutung vorliegt.

5.2. Die Antragsstellung beinhaltet das Einverständnis, dass alle im Zusammenhang mit der Förderung bekannt gewordenen Daten von der Bewilligungsbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle auf Datenträger gespeichert und von ihnen oder in ihrem Auftrag von wissenschaftlichen Einrichtungen für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle für die Wirksamkeit des Investitionsprogramm Kulturelles Erbe ausgewertet, an den Schleswig-Holsteinischen Landtag und an Einrichtungen des Landes weitergeleitet und Auswertungsergebnisse veröffentlicht werden.

6. Verfahren

6.1. Den Anträgen auf Gewährung von Zuwendungen sind eine mit der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein (Abteilung Kultur und Medien) abgestimmte Konzeption der Maßnahme und folgende Unterlagen beizufügen:

1. die Planungsunterlagen, insbesondere der Übersichtsplan, der Lageplan, vollständige Vorentwurfszeichnungen und die bauaufsichtlichen oder sonstigen Genehmigungen oder Vorbescheide,
2. der Erläuterungsbericht,
3. die Kostenberechnung nach DIN 276,
4. der Finanzierungsplan, und
5. der Nachweis der Folge- und Bewirtschaftungskosten.

Der Antrag ist an den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei, Referat 30, Postfach 7122, 24171 Kiel schriftlich mit den o. a. Unterlagen formlos einzureichen.

Die Entscheidung über die zu bewilligenden Mittel obliegt der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein. Baumaßnahmen bedürfen der baufachlichen Prüfung nach Z-Bau.

6.2. Zuwendungen dürfen nur gewährt werden, wenn mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist. Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

In begründeten Fällen können für den Zeitraum zwischen Antragstellung und Bewilligung Ausnahmen zugelassen werden. Die Entscheidung über die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn bzw. zur vorzeitigen Beschaffung bedarf eines Antrages.

Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung wird durch die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nicht begründet.

Die Förderung ist mit der Auflage einer bestimmungsgemäßen Nutzung verbunden. Die Bindungsfrist beträgt bei Bauinvestitionen grundsätzlich 25 Jahre.

Für Einrichtungsmaßnahmen beträgt die Bindungsfrist grundsätzlich fünf Jahre.

Sind Einrichtungsgegenstände vor Ablauf der Bindungsfrist nicht mehr für den Verwendungszweck einsetzbar, ist über die weitere Verwendung das Einvernehmen mit dem Zuwendungsgeber herzustellen.

6.3. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit den entsprechenden Regelungen des Landesverwaltungsgesetzes (§§ 116, 117, 117a LVwG), soweit nicht in den Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen worden sind.

6.4. Soweit es sich bei den Zuwendungsempfängern um Gemeinden, Kreise, Ämter oder Zweckverbände handelt und die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendungen nicht mehr als 500.000 Euro beträgt, so sind die in der Anlage 3 zu VV Nr. 13.1 zu § 44 LHO zu dargestellten Vereinfachungen anzuwenden.

7. Inkrafttreten

Die Richtlinie tritt zum 1. Januar 2009 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2012.

	Antragsteller	Bedarf ges.	Plan 2009	Ausgabenstand 2009	Plan 2010	Sachstand
1.	Stiftung Schloß Eutin	2.475,0	925,0	708,0	900,8	2009 inkl. Rückzahlung abgewickelt - Baustopp! 2010 im Prüfungsverfahren
2.	Stiftung Schloß Ahrensburg	180,0	180,0	180,0	80,0	abgewickelt
3.	Kunsthalle Kiel	1.200,0			670,0	Umsetzung in 2010 per BBN-2 // FU-Bau mit MWV + MBK an GMSH
4.	Schloss vor Husum	290,0	260,0	268,2		abgewickelt
5.	Literaturhaus Kiel	200,0	100,0	100,0	100,0	2009 abgewickelt; 2010 in Planung
6.	SH Freilichtmuseum Molfsee	1.300,0	660,0	660,0	568,0	inkl. 1. Nachtrag bewilligt bis 2010
7.	Danewerk/Haithabu - UNESCO	700,0	300,0	300,0	150,0	2009 abgewickelt; 2010-2012 wird der Antrag erwartet;
8.	Landeskulturzentrum Salzau	1.000,0	500,0			Ministerentscheidung steht noch aus
9.	Gedenkstätte Ahrensböök	20,0	20,0	20,0		abgewickelt
10.	Barockgarten Jersbek	55,0	55,0	55,0		abgewickelt
11.	Ehrenmal Laboe	1.500,0	300,0	300,0	300,0	abgewickelt über LA für Denkmalpflege 2009 = 300,0 T€ und 2010 = 300,0 T€
12.	Schlossbrücke Glücksburg	250,0			230,0	Antrag liegt vor; Bew. Ende April 2010
13.	Herrenhaus Probsteierhagen	30,0	30,0	30,0		abgewickelt
14.	Lübecker Synagoge	1.000,0			230,0	Planung 2009-2010 laufen